

## Überblick über aktuelle Herausforderungen des Personalbereichs

Nach aktuellen Studien (vgl. hierzu exemplarisch die angehängte Studie PwC und Wirtschaftsforschungsinstitut WifOR) ist bis 2030 mit einem Mangel von ca. 816.000 Fachkräften im öffentlichen Sektor zu rechnen, somit ist der öffentliche Sektor die „Branche“ mit dem größten absoluten Mangel. Das Arbeitskräfteangebot liegt bereits 11% unter der Nachfrage und im Jahr 2030 kann beinahe jede zehnte Stelle nicht mehr besetzt werden. Eine Verschärfung dieses Engpasses tritt dabei insbesondere bei den Akademikerinnen und Akademikern auf, hier wird sich der Mangel bis 2030 verdreifachen.

Während der Mangel in den letzten Jahren oftmals noch auf einzelne Berufsfelder abgegrenzt werden konnte, stellt sich die Situation (vgl. o.g. Studie) aktuell folgendermaßen dar:

- 276.400 fehlende Verwaltungsfachkräfte, jede neunte Stelle dauerhaft unbesetzt
- 194.000 fehlende Lehrer, jede zehnte Stelle unbesetzt
- 76.000 fehlende Juristen, Sozialwissenschaftler und Betriebswirte
- 38.000 fehlende Führungskräfte
- 125.000 fehlende Fachkräfte bei MINT-, Gesundheits- und Betreuungsberufen.

In den kommenden 15 Jahren werden von den knapp 4,6 Mio. Beschäftigten im öffentlichen Dienst ca. 1,5 Mio. in den Ruhestand gehen.

Somit kann mittlerweile, neben den bereits bekannten Mangelberufen, von einem akuten, dauerhaften und flächendeckenden Mangel auch im Bereich der Verwaltungsfachkräfte ausgegangen werden.

Konkret heißt dies für die Landeshauptstadt München, dass im Jahr 2017 ca. 2500 Personen die LHM verlassen haben. Dies ergibt eine Fluktuationsrate von 7,1%. In einzelnen Bereichen, z.B. in Bereichen mit erschwerten Parteiverkehr, liegt die Fluktuationsrate sogar bei 24%. Generell betroffen sind davon bei der LHM in erster Linie Wirtschaftsberufe, IT-Berufe und Verwaltungsberufe, insbesondere in der 2. und 3. Qualifikationsebene.

Die Gründe für die Fluktuation bei der LHM sind in erster Linie die Austritte auf eigenen Wunsch mit 37%, Vertragsablauf mit 33% und altersbedingte Gründe mit 21%. Das Durchschnittsalter der städtischen Beschäftigten liegt aktuell bei 45 Jahren. Durch die demographische Entwicklung wird sich die Anzahl von Austritten aus altersbedingten Gründe stark erhöhen. In konkreten Zahlen heißt das, dass im Jahr 2020 ca. 660, in 2030 ca. 870, in 2031 bereits 1150 Beschäftigte (pro Jahr) wegen Erreichen der Regelaltersgrenze die Stadtverwaltung München verlassen werden. Parallel dazu steigt der Druck am Arbeitsmarkt und die Stadtverwaltung befindet sich in starker Konkurrenz um Gewinnung von Fachkräften am wachsenden Wirtschaftsstandort München.

Aktuell (Stand 31.01.2019) sind ca. 3000 Stellen bei der Stadtverwaltung München unbesetzt (ohne Lehr- und Erziehungsdienst, ohne Beurlaubte und ATZ). Bei etwa 250 Stellen handelt es sich hierbei um Führungspositionen. Zudem konnten ca. 140 Auszubildenden- bzw. Anwärterplätze nicht besetzt werden.